

Verantwortliche Redakteure  
für den politischen Theil:  
E. Fontane,  
für Familien und Vermischtes:  
A. Kocher,  
für den übrigen redaktionellen Theil:  
H. Schmiedeknecht,  
sämmtlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
O. Knorr in Posen.

# Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster Jahrgang.

Inserate werden angenommen  
in Posen bei der Expedition der  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei Hrn. A. Schlegel, Poststr.  
Gr. Gerber- u. Breiterstr. 17,  
Otto Firchow in Firma  
J. Henmann, Wilhelmstraße 8,  
in Gnesen bei S. Chrapowicki,  
in Meseritz bei Hrn. Mellichamp,  
in Breschen bei J. Jankowsky  
u. bei den Inseraten-Annahmestellen  
von G. J. Fuchs & Co.,  
Krausenstr. 4, Bogler, Rudolf Wiese  
und „Invalidenbank“.

Nr. 781.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei  
Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich  
4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz  
Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung, sowie alle Postämter des  
Deutschen Reiches an.

Donnerstag, 7. November.

Inserate, die sechspaltige Petitzeile oder deren  
Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten  
Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-  
zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Ex-  
pedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für  
die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889.

### Amtliches.

Berlin, 6. November. Der König hat die von der Akademie der Wissenschaften in Berlin vollzogene Wahl des ordentlichen Professors in der philosophischen Fakultät der dortigen Friedrich-Wilhelms-Universität, Dr. Georg von der Habelenz, zum ordentlichen Mitgliede der philosophisch-historischen Klasse der Akademie bestätigt; ferner der Wahl des Realgymnasial-Direktors Dr. Emil Pfundheller zu Grünberg in Schlesien zum Direktor des Realgymnasiums in Warmen die allerhöchste Befähigung erteilt und dem Ober-Postdirektions-Sekretär Friedrich in Potsdam bei seinem Scheiden aus dem Dienst den Charakter als Rechnungsrath verliehen.  
Der König hat in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Danzig getroffenen Wiederwahl den bisherigen zweiten Bürgermeister dieser Stadt, Hagemann, in gleicher Eigenschaft für eine fernerweite Amtsdauer von zwölf Jahren bestätigt.  
Die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Henrici am Luisenstädtischen Realgymnasium in Berlin zum Oberlehrer an derselben Anstalt ist genehmigt worden. — Dem ordentlichen Lehrer am Gymnasium in Wohlau, Dr. Hartmann, ist der Titel „Oberlehrer“ verliehen worden.

### Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 6. November, 1 Uhr.

Die erste Beratung des Sozialistengesetzes wird fortgesetzt.  
Abg. Dr. Hartmann (N.): Ich gehöre zu den Männern, die Herr Piebnecht gestern als Anarchisten gekennzeichnet hat, und stelle mich Ihnen als solchen vor. (Heiterkeit.) Herr Piebnecht hat es gestern so dargestellt, als seien die Attentate allein Ursache des Sozialistengesetzes und als habe die Sozialdemokratie niemals durch schroffes Verhalten die bürgerliche Gesellschaft zu Abwehrmaßnahmen herausgefordert. Schon 1874 aber beim Preßgesetz und 1876 bei der Strafgesetznovelle hatte die Regierung schärfere Schutzmittel gegen die sozialdemokratischen Ausschreitungen verlangt, die aber der Reichstag abgelehnt hatte, bis 1878 die Attentate die Situation herstellten. An cynischen Verbeugungen, an Ausschreitungen, an Terrorismus hatte es schon vorher aus sozialdemokratischer Seite nicht gefehlt. Es ist nicht wahr, daß das deutsche Volk aus Angst den Reichstag von 1878 gewählt hat; nein, Scham, Trauer, Korn trieb das Volk an die Urne, um einen regierungsfreundlichen Reichstag zu wählen. Herr Piebnecht nimmt jeden vernünftigen Arbeiter für die Sozialdemokratie in Anspruch, doch mit Unrecht, nur in den Arbeitszentren findet sie erhebliche Ausdehnung; unendlich weite Arbeiterkreise, die größte Mehrheit der Arbeiter, namentlich auf dem Lande, steht ihr ablehnend gegenüber. Die Sozialdemokraten rühmen sich, ihre Organisation sei durch das Sozialistengesetz gestärkt. Warum dann der Widerstand gegen seine Verlängerung? Gerade dieser Widerstand zeigt, daß die Herren das Gesetz als eine schneidende und gefährliche Waffe fürchten.  
Herr Reichensperger sieht zu schwarz, wenn er befürchtet, daß das Gesetz auch die loyalen Arbeiterbestrebungen treffen werde. Wir wollen diese Bestrebungen der Arbeiter nicht schädigen; was sie an Rechten und Freiheiten besitzen, Koalitionsrecht, die Gewerbeordnung von 1869, das allgemeine Wahlrecht verdrängen sie nicht ihren sozialdemokratischen Führern, sondern der deutschen Krone. Wir haben die sozialpolitische Reformgesetzgebung in Angriff genommen, und auch die vielumstrittene Frage des Arbeiterschutzes wird nicht von der Tagesordnung verschwinden, bis sie zu einem glücklichen Abschlusse geführt ist.

Aus Herrn v. Cuny's Ausführungen hoffe ich entnehmen zu können, daß zwischen den Nationalliberalen und uns eine Verständigung sich erzielen lassen, denn meine Freunde sind für ein dauerndes Sozialistengesetz, und dafür scheint Herr v. Cuny auch zu sein. Wir wollen kein Gesetz auf Zeit, dessen von Majoritäten abhängige zeitweilige Verlängerung immer zu aufregenden Debatten und zur Verunsicherung führt. Wir wollen ein Gesetz, das so lange unbestritten gelten soll, als eben das Bedürfnis eines solchen vorhanden ist. Den neuen Rechtsgarantien der Vorlage widersprechen wir nicht, nur will wir nicht zulassen, daß das Reichsgericht als oberste Instanz hineingezogen wird, denn wir wollen nicht ein politisches Moment in die Tätigkeit des höchsten Gerichtshofes hinein tragen. Auf dem Wege der Milderung können wir der Regierung nicht mit voller Ueberzeugung folgen, insofern werden wir der Regierung nicht wohl Vollmachten erteilen können, die sie selber nicht beansprucht. In der Kommission sowohl wie in der Spezialberatung erhoben wir eine Verständigung zwischen der Mehrheit des Hauses. (Beifall rechts.)  
Minister Herrfurth: Die verbündeten Regierungen geben sich nicht der Hoffnung hin, daß alle Variationen oder nur die große Mehrheit des Hauses dieses Gesetz ohne Weiteres annehmen werden. Die sozialdemokratische Partei ist selbstverständlich dagegen. Diese Partei wird niemals einem solchen Gesetzentwurf zustimmen, möge er eine Gestalt haben, welche er wolle; den Beifall dieser Partei zu erringen, wäre nur dann möglich, wenn man sich entschließen wollte, nicht bloß das Sozialistengesetz, sondern auch das Strafgesetzbuch aufzuheben. (Sehr richtig! rechts.)  
Das Sozialistengesetz von 1878 ist ebenso wenig wie die vorliegende Novelle gegen die Sozialdemokraten als solche gerichtet, sondern nur gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen, die sich auf Untergrabung und den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung beziehen. Wenn die Herren unter sich sind, wird zuweilen unumwunden eingestanden, daß die letzten Ziele der Sozialdemokratie nicht anders zu erreichen sind, als durch den vollständigen Umsturz der bestehenden Verhältnisse, und daß dazu die Erregung von Kämpfen und Gefährdung des öffentlichen Friedens das allerbeste Mittel sei. Sie sind fest überzeugt, daß alles, was besteht, werth ist, daß es Grunde geht. Aber es geht ihnen etwas zu langsam; sie können nicht warten. Darum füllen sie sich verpöhlte, Alles, was nicht zu Grunde gehen will, zu Grunde zu richten. Bei den großen Heerscharen, die zuweilen von den Herren abgehalten werden, wird zuweilen die feierliche Erklärung abgegeben, daß für den großen Tag Alles bereit sei und daß die Arbeiterbataillone mit Behutsamkeit das Signal zum Entscheidungskampf erwarten. An anderen Orten wird dann freilich ein anderer Ton angeschlagen, daß die Sozialdemokraten

nur mit leichten Waffen den Kampf führen, daß sie in keiner Weise ein gewaltsamer Umsturz erstrebt werde, sondern daß auf dem Wege der natürlichen Entwicklung und Reform der Sieg werde errungen werden.  
Die Herren sind absolut undurchsichtig, im Namen aller Arbeiter zu sprechen, da die Mehrzahl derselben nicht Sozialdemokraten sind, nicht einmal im Namen aller Sozialdemokraten. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich bin fest überzeugt daß nicht alle, die sich Sozialdemokraten nennen und sozialdemokratisch stimmen, wirklich zielbewusste Sozialdemokraten sind, daß die Mehrzahl dieser sogenannten Sozialdemokraten in dem Augenblicke, wo es darauf ankommen würde, die Theorien in die Praxis zu übersetzen, weit entfernt sein würde, ihren Führern ohne weiteres zu folgen. Aber diejenigen, welche die Agitation leiten und schüren, und deren unmittelbare Befolgschaft stehen in einem offenen erbosten Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung, und ihnen gegenüber befinden wir uns in einem Zustande der Nothwehr. Und lediglich als ein Akt der gerechtfertigten Nothwehr ist das Gesetz von 1878 und diese Novelle zu demselben anzusehen.  
Man wendet gegen das Gesetz ein, es sei verwerflich als Ausnahmegesetz, es sei zweckwidrig und fördere geradezu die Bestrebungen der Sozialdemokratie, und es sei in seiner Ausführung ungerichtet und grausam. Alle diese Einwendungen sind im wesentlichen unbegründet, wiewohl ich persönlich nicht in Abrede stellen will, daß in jeder derselben ein Körnchen Wahrheit vorhanden ist, welches allein es erklärlich macht, daß der Widerspruch gegen dieses Gesetz sich auch in Kreisen geltend macht, welche sonst die staatsverhaltenden Ideen zu hegen und zu pflegen befreit sind. Das Gesetz ist kein Ausnahmegesetz. Die wesentlichsten Bestimmungen desselben bewegen sich durchaus auf dem Boden des gemeinen Rechts; das Verbot von Vereinen, Versammlungen, Druckschriften, Auflösung u. s. w. Auch dadurch wird es kein Ausnahmegesetz, daß in demselben Strafvorschriften kombiniert sind. Denn die gleiche Konstruktion findet sich auch bei anderen Gesetzen, z. B. beim Feld- und Forstpolizeigesetz. Das Gesetz wird ferner kein Ausnahmegesetz dadurch, daß es sich lediglich gegen eine bestimmte Klasse richtet, so wenig wie das Reichskammengesetz, welches auch eine Reihe von Strafvorschriften gegen Beamte enthält. Es wird dadurch zu einem Spezialgesetz nicht ohne Weiteres zu einem Ausnahmegesetz. Nun enthält es allerdings eine ganze Reihe von Ausnahmerechtbestimmungen, und die verbündeten Regierungen haben sich bemüht, diese Ausnahmerechtbestimmungen, so weit als thunlich, zu beseitigen.  
Die Ueberführung auf den Weg des gemeinen Rechts ist nicht gelungen. Immer war das Resultat, daß man entweder das Ziel nicht erreichte oder über dasselbe hinausging, entweder nicht die nötigen Rechtsmittel gegen die Sozialdemokraten in die Hand bekam, oder dem Gesetz eine Fassung geben mußte, die den berechtigten Bestrebungen anderer Parteien hinderlich werden. Damit ist diese Aufgabe keineswegs für immer unlösbar. Die Regierung erhält sich vor auf diesen Weg zurückzugeben, namentlich dann, wenn erst eine größere Veruhigung der Gemüther in Folge der sozialpolitischen Gesetze eingetreten sein wird. Uebrigens ist ja jedes Mitglied des Hauses in der Lage, die Früchte seiner besseren Erkenntnis dem Hause und der Regierung vorzulegen. Diese Aufgabe hat freilich eine verzweifelte Ähnlichkeit mit der Quadratur des Kreises.  
Das, was durch das Gesetz hat erreicht werden sollen, ist erreicht worden, und es ist eine wunderbare Logik zu sagen, weil die Sozialdemokratie sich trotz des Gesetzes erweitert hat, muß das Gesetz beseitigt werden. Nach der neuesten Kriminalstatistik haben die Verbrechen wegen Betruges zugenommen. Mit derselben Logik könnte man sagen: Das ist Schuld des Strafgesetzbuches, heben Sie die Strafvorschriften über den Betrug auf, dann wird der Betrug aus der Welt verschwinden. (Lachen links.) Einzelne Bestimmungen sind allerdings als ungewinnlich auch von der Regierung anerkannt. Das Gesetz bewegt sich aber in der großen Mehrzahl seiner Bestimmungen durchaus innerhalb der Grenzen, deren Innehaltung auch auf anderen Gebieten durch Strafvorschriften und polizeiliche Anordnungen erzwungen wird und erzwungen werden muß.  
Einzelne scharfe Bestimmungen müssen allerdings unter der Voraussetzung, daß das Gesetz ein dauerndes ist, beseitigt werden. Durch eine dauernde Regelung wird die Bedeutung, die Wirksamkeit und die Wucht des Gesetzes in der Weise vermindert, daß die Nachmittel, die es ohne diese Bestimmungen enthält, vollständig ausreichen, um der Regierung im Kampfe gegen die Sozialdemokratie die erforderlichen Waffen zu geben. Im Einzelnen glauben wir verzichten zu können auf die Bestimmungen über die Entziehung der Konfession. Es ist dann als eine Härte hingestellt worden der § 11, Abs. 2, wonach bei einer periodischen Druckschrift sofort beim ersten Verbot einer Nummer das Weitererscheinen verboten werden kann. Die Regierungen sind bereit, auf diese Bestimmung zu verzichten. Die Sozialdemokraten behaupten, es würde mit zweierlei Maß gemessen beim Verbot von Druckschriften, und der Abg. Frohme hat neulich auf eine antimilitärische Druckschrift hingewiesen, die nicht verboten sei, obwohl sie eine Heeresdruckschrift Art enthalte. Ich theile die Auffassung des Abgeordneten Frohme über den Ton dieser Druckschrift in gewissem Sinne. Nur mache ich darauf aufmerksam, daß das von ihm Verlesene nicht etwa die Forderung deutscher Antimilitaristen, sondern Forderungen französischer Sozialdemokraten sind, mit denen ganz kürzlich erst die Herren Frohme und Piebnecht ein großes Verbrüderungsfest gefeiert haben. (Heiterkeit rechts.) Die schärfste Bestimmung findet sich im § 28 über den kleinen Belagerungszustand. Es werden dort vier Fakultäten gegeben, von denen die Ausweisung die schärfste ist. Die verbündeten Regierungen glauben unter der Voraussetzung eines dauernden Gesetzes auf die drei anderen Fakultäten verzichten zu können, nicht aber auf das Recht der Ausweisung. Die Ausweisung ist ja eine sehr scharfe Maßregel; sie vernichtet oft die ganze wirtschaftliche Existenz nicht nur des Ausgewiesenen, sondern seiner ganzen Familie. Aber sie ist eben auch nur die ultima ratio, von der nur mit äußerster Vorsicht Gebrauch gemacht wird, wenn die gefährdete öffentliche Sicherheit auf gar keine andere Weise als durch die Ausweisung des gefährlichen Agitators garantiert wird. Die Maßnahme der Ausweisung ist eine so harte, daß sie in wohlwollender Weise gar nicht angewandt werden kann, aber sie ist ziffermäßig nur äußerst vorsichtig angewandt worden. Seit länger als Jahresfrist ist in Preußen auf Grund des § 28 überhaupt keine Ausweisung erfolgt, wohl aber ist einer ganzen Reihe von Personen die Möglichkeit der Rückkehr gewährt worden. Aber so hart die Maßregel ist, verzichten kann die Regierung auf sie nicht; denn sie

hat den Vorzug, daß ihre Wirkung sich nicht bloß äußert in der Anwendung, sondern in der Möglichkeit der Anwendung. Das Verbot von Druckschriften, Vereinen, Versammlungen ist lange nicht so wirksam. Das Gefühl der Kameradschaft und Opferfreudigkeit, welches gerade die Sozialdemokraten beseitigt, hilft dem Einzelnen Geldstrafen tragen; Gefängnisstrafen rufen nur das Gefühl leidenschaftlicher Erbitterung hervor und schaffen die Aurole des Märtyrers. Die Ausweisung dagegen hilft unter allen Umständen. Freilich ist auch die Ausweisung zweischneidig. Jeder Ausgewiesene wird ein Reisende und Wanderprediger der sozialdemokratischen Lehren. Würde man die Ausweisungbestimmungen ohne Weiteres fallen lassen, so würde das die Aufhebung des Belagerungszustandes erschweren, denn es würde doch ein überaus gewagtes Experiment sein, plötzlich, mit einem Male, in die sozialdemokratische Bewegung eine große Zahl leidenschaftlich erregter sozialdemokratischer Agitatoren zurückzuführen zu lassen. Um nun nach dieser Richtung hin die Möglichkeit zu geben, den Belagerungszustand aufzuheben, hat die Regierung eine Bestimmung vorgeschlagen im § 24, welche nach erfolgter Aufhebung des Belagerungszustandes die Rückkehr der Ausgewiesenen abhängig macht von polizeilicher Genehmigung. Es ist dies nicht eine Verschärfung, sondern eher eine Milderung des bestehenden Zustandes zu nennen.  
Eine weitere Milderung ist in der Frage der Zuständigkeit für Entscheidungen bei Beschwerden gegen die auf Grund des Gesetzes erlassenen Verfügungen geschaffen. In der Mehrzahl der Bundesstaaten ist gegen polizeiliche Verfügungen eine Rechtskontrolle durch die richterlichen Behörden vorhanden; darauf wird ein sehr hoher Werth gelegt, und wenn eine Regierung es unternehmen wollte, diese Kontrolle zu beseitigen, würde mit vollem Recht das Gefühl über die alleräußerste Reaktion erlösen. Diese Rechtskontrolle war bisher bei den Entscheidungen auf Grund des Sozialistengesetzes ausgeschlossen. Die verbündeten Regierungen sind bereit, sie jetzt einzuführen durch die Ueberweisung der Beschwerde an eine ordentliche Gerichtsbehörde. Darin liegt eine sehr erhebliche Rückkehr zum gemeinen Recht. Nun können eine Reihe von Beschwerden in den Einzelstaaten nicht entschieden werden, weil sie über ihr Gebiet hinausgehen. Für diese war die Reichskommission eingesetzt, welche formell allerdings ein Ausnahmerecht war. Lediglich die Entscheidungen den Behörden der Einzelstaaten zu überlassen, ging nicht an mit Rücksicht auf die Reichseinheit. Die Entscheidungen des Reichsgerichts zu übertragen, ist bedenklich aus bereits erwähnten Gründen. Gätten wir ein Reichs-Oberverwaltungsgericht, so wäre kein Zweifel daran, daß dieses die richtige Instanz für die Entscheidung derartiger Beschwerden sein würde. Die Vorlage versucht, in der neuen Konstruktion der Beschwerdekommision ein solches Aequivalent für das oberste Verwaltungsgericht zu geben durch Einführung des kontradictorischen Verfahrens vor einer richterlichen Behörde.  
Wir wären weiter vorgeschritten, wenn das Gesetz von Anfang an als dauerndes erlassen wäre. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierungen und der Reichstag haben stets eine Bepolearbeit unternommen müssen; was in einem Jahre gewonnen wurde, wurde in dem anderen wieder verloren dadurch, daß die Verlängerung des Gesetzes zum Angelpunkt der Agitation gemacht wurde. (Sehr richtig! rechts.) Die verbündeten Regierungen glauben keineswegs, daß es durch ein fröhliches Gesetz gelingen wird, die Sozialdemokratie zu beseitigen. Trotz aller Auswüchse ist die Sozialdemokratie eine geistige Macht, welche nicht mit mechanischen Mitteln aus der Welt zu schaffen ist; sie muß geistig überwunden werden. (Hört! hört!) Durch Zusammenwirken von Staat und Gemeinde, Kirche und Schule, durch Förderung der moralischen und intellektuellen Entwicklung, durch die Förderung der wirtschaftlichen Wohlfahrt der arbeitenden Klassen. So viel bereits auf diesem Gebiete durch die freie Beschäftigung der Einzelnen und Genossenschaften, durch gemeinnützige Anstalten, durch Kreise und Provinzen, durch die gegenwärtige Tätigkeit von Kirche und Schule, vor Allem auf dem Gebiete der Reform in Staat und Kirche geschehen ist, so viel bleibt noch zu thun übrig. Aufgabe dieses Gesetzes ist es lediglich, die Hindernisse hinweg zu räumen, welche böser Wille auf diesem Wege den verbündeten Regierungen entgegensetzt. (Sehr wahr! rechts.) So lange durch bösen Willen diese Hindernisse aufgebahrt werden, so lange können wir leider unser Ziel nicht ganz erreichen.  
Die Regierung wünschte selber, das Gesetz bei Seite stellen zu können. Aber es ist leider eine Nothwendigkeit, es handelt sich um die Erhaltung der Existenzbedingungen für eine friedliche Entwicklung, für den Fortschritt der sozialen Reform, um die höchsten Güter um die Sicherheit des Staates: salus rei publicae suprema lex! (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)  
Sächsischer Bundesbevollmächtigter Held (auf der Tribüne im Zusammenhang unverständlich) führt aus, daß im Königreich Sachsen die Behörden keineswegs der Vorwurf treffe, das Sozialistengesetz in einem Geiste auszuführen, der seinen Intentionen entgegengehe, und daß vor Allem der Frohme'sche Vorwurf von dem doppelten Maß, mit dem man messe, nicht zutrefte. Es seien in Sachen sowohl wie auch in Bayern auch antimilitärische Schriften strafrechtlich verfolgt, sofern sie einen egyptischen und aufreißenden Charakter trugen. Sodann wendet sich Redner ausführlich gegen den Abg. Singer, der behauptet, daß seitens der Sozialdemokratie der politische Meinungs als etwas Erlaubtes hingestellt sei. Vor dem Strafgericht in Landshut seien zwei Sozialdemokraten wegen Meinungs zu längerer Zuchthausstrafe verurtheilt, weil sie, um einen Genossen vor Strafe zu retten, einen Meinungs geschworen hätten. Der „Sozialdemokrat“ in Bück habe diese Männer als Märtyrer gefeiert und gesagt, vor den Augen der Spießbürger, der Richter und der Geschworenen mögen diese Männer als ehrlas erscheinen, vor uns sind sie Ehrenmänner und Märtyrer, die allerdings von den entgegengesetzten Parteien auf möglichst lange unschädlich gemacht werden müßten. Sodann gebe der „Sozialdemokrat“ Vorschriften über den Verkehr mit den Polizeibehörden und enthalte eine Warnung vor Meinungs, d. h. nicht etwa, daß der Meinungs unter allen Umständen verwerflich sei, sondern daß Jeder, der in einem Prozeß als Zeuge auftritt, sich wohl zu überlegen habe, ob eine falsche Zusage nicht mehr schade als nütze, und diese Verhaltungsmaßregeln in Verkehr mit Polizeibehörden seien auch nachher als Broschüre erschienen (Widerspruch des Abg. Hebel). Redner vertritt zum Schluß, daß diejenigen Grund-sätze, die der preussische Minister des Innern, betreffend die agents provocateurs seinen Untergebenen eingeschickt habe, von der sächsischen



Regierung schon seit lange befolgt wurden, obgleich gerade in Sachen die sozialdemokratische Bewegung am stärksten lachte, und schließt mit dem an die Sozialdemokraten gerichteten Worten: Wenn Sie in Sachen sich nicht glücklich fühlen, (Abg. Richter: „Dann wandern Sie aus!“ Große Heiterkeit) — nein, dann ist es nicht unsere Schuld. (Beifall rechts.)

Abg. Mündel (Dfr.): Wenn es richtig ist, daß in Sachen das Ausnahmegesetz wegen des breiteren Stromes der Sozialdemokratie lebhafter gehandelt werden muß, wie wo anders, so darf der sächsische Herr Vertreter sich auch nicht wundern, wenn dementsprechend die Besprechung dieser Dinge aus Sachsen einen etwas lebhafteren Ton annimmt. Wenn er dann vortrug, daß im „Sozialdemokrat“ eine Entschuldigung der Weineide in gewissen Fällen gestanden habe, so ist gewiß kein Mensch unter uns, der einen solchen Satz wird verteidigen wollen. Aber zum Vortheil des Sozialistengesetzes läßt sich etwas dergleichen nicht anführen. Wenn Sie eine erhebliche Wirkung des Sozialistengesetzes wollen, so bedenken Sie doch, daß die Leute, die man in den Ausnahmezustand versetzt, schließlich auch im Ausnahmezustand des Verbrechens stehen, in dem sie ohne das Ausnahmegesetz nicht gekommen sein würden.

Was mir in der Vorlage und in den Motiven wirklich wohlgefallen hat, das ist die Offenheit, mit der hier zugestanden wird, daß es sich um eine Verewigung des Sozialistengesetzes auf eine vorläufige unabsehbare Zeit handelt, daß alles, was sonst daneben in der Vorlage noch steht, vollständig unerheblich ist, kaufmännisch ausgedrückt gewissermaßen ein Rabatt, der vielleicht für irgend eine Partei im Hause nötig gewesen ist, um das Gesetz acceptabler zu machen, als es ohne diesen Rabatt gewesen wäre. Es ist eine Härte des Schicksals, daß wir gerade jetzt an die Beratung dieses Gesetzes herantreten, wo wir auf der linken Seite anfangen, in uns zu gehen auf Grund der Schilderungen von den roßigen Zuständen im Deutschen Reich, die der Führer der großen liberalen Partei hier im Hause neulich gegeben hat. (Sehr gut! links.) Wir müssen uns trösten mit dem Gedanken: „Wo viel Licht ist, ist auch viel Schatten.“

Daß die neue Vorlage eine mildere sei, kann ich nicht finden. Es wird auch kein Mensch bestreiten können, daß der Zustand, der nun seit 11 Jahren bei uns besteht, und der nun hier verewigt werden soll, ein solcher ist, auf den selbst die nationalliberale Partei im Grunde stolz sein kann, und ich bezweifle auch, daß die Deutschen im Auslande uns zur Verewigung dieses Zustandes gratulieren werden. Geboren wurde das Gesetz im Jahre 1878. Man weiß nicht, ob die Attentate Grund oder Anlaß waren. Wenn man damals schon gewußt hätte, daß es eigentlich gegen die Nationalliberalen gerichtet war, so hätte es des Widerstandes derselben nicht bedurft. Damals hatte der Reichskanzler noch nicht den Satz proklamiert: Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. Jetzt ist der Satz proklamiert, aber leider scheint er zu sehr zu sein, an Werttagen machen wir keinen Gebrauch davon, sonst könnten wir es in diesem Falle thun. (Weiter links.)

Wo sind die Beweise für die Wirksamkeit des Gesetzes? Die Motive sagen, die Ausschreitungen der Sozialdemokratie haben aufgehört; sie geben aber auch zu, die sozialistische Lehre hat tiefe Wurzeln geschlagen in der Arbeiterbevölkerung. Das ist die Frucht des 11jährigen Bestandes des Sozialistengesetzes. Das Einzige, was man für das Gesetz anführt, ist, daß ohne dasselbe die Sache viel schlimmer wäre. Das heißt doch, den Beweis, den man erbringen soll, voraussetzen. Freilich hat das Gesetz gewirkt; es hat den Sozialdemokraten neue Anhänger und neue Unterstützungen zugeführt und die sozialdemokratischen Lehren befähigt. Daß die Sozialisten deshalb für die Verlängerung eintreten, kann man nicht verlangen. Wir sind die geschlossenen Gegner der Sozialdemokratie; aber auch uns sind durch das Gesetz die Hände gebunden. In der „Kölnischen Zeitung“ wurde eine hochschwebende Dame beschimpft, eine freisinnige Zeitung in Königsberg übernahm die Abwehr und brachte den Artikel. Die „Königsberger Zeitung“ wurde angeklagt, die „Kölnische Zeitung“ nicht. So steht es bei uns. Wenn wir sozialistische Thematoren erörtern wollen, löst der überwachende Beamte die Versammlung auf. Und das nennen Sie erhebliche Wirkung? Wenn die weniger einschüchternden Vorkämpfer sehen, daß sozialistische Erzeugnisse in den tiefsten Boden verfolgt und mit Beschlag belegt werden, so müssen sie sich sagen: Das ist Wahrheit; man fürchtet sich davor, darum werden die Schriften verfolgt. Verbotene Bücher werden noch einmal so gern und oft gekauft, und Sie verbieten nicht bloß ein Buch, sondern eine ganze Reihe von Schriften einer bestimmten Tendenz.

Was die Aufhebungen betrifft, so bin ich überzeugt, daß der jetzige preussische Minister gewiß wohlwollender ist, als sein Vorgänger. Aber seitens der unteren Organe haben wir doch merkwürdige Erfahrungen erlebt. Wenn der Abg. Singer eine Rede beginnt mit den Worten „H. S. Sie werden es begrifflich finden“, und darauf die Aufhebung erfolgt, so ist es doch eine sehr gefährliche Zwangsgemeinschaft, wenn der überwachende Beamte dann gleich annimmt, daß die Leute alles begreifen werden, was Herr Singer sagen will (Heiterkeit). Was thut die aufgelöste Versammlung mit der nachträglichen Mißbilligung, und was nützt die Mißbilligung allen früheren Versammlungen? Es ist eine Versammlung verboten, wo ein Sozialdemokrat sprechen wollte über Sonne, Mond, Wetter und die sogenannten kritischen Tage von Falb (Heiterkeit), eine andere, wo gesprochen werden sollte über Weltanfang und Weltende, weil man vielleicht fürchtete, daß die Sozialdemokraten der Welt ein vorzeitiges Ende bereiten wollen (Heiterkeit). Wenn das Gesetz im Sinne der Mehrheit des Hauses wirklich nützlich gerückt, wenn ich wirklich einmal annehmen will, daß die Er-

### Die Mode.

Die Bühne, die von der Literatur ihr Material, ihr tägliches Brot bezieht, hat dafür schon manches lebenswürdige Talent der Literatur abgetreten. Bisher waren es aber nur die Herren der Schöpfung, die sich in schriftstellerischen Schöpfungen versuchten. Neuerdings scheint sich jedoch eine junge Schauspielerin, Frau Olga Wohlbrück, die am Deon-Theater in Paris sich künstlerisch hervorhat und am Berliner „Residenz-Theater“ auch deutsche Lorbeeren pflückt, mehr auf die literarische Gaspist-Carrière zu verlegen. In einem prächtigen kleinen Aufsatze in der „Illustr. Frauenz.“ plauderte die junge Schriftstellerin in folgender hübschen Weise:

Habe ich sie geträumt oder erlebt, jene seltsame Begegnung, die sich bei aller Flüchtigkeit meinem Gedächtnisse so scharf eingepreßt, und der ich die nachfolgenden Zeilen widme? —

Es war Hochsommer, und die Hitze in dem geschlossenen und verhängten Coupé des Expreßzugs, der mich von Paris nach Berlin bringen sollte, unerträglich. Ich befand mich bereits auf deutschem Boden und sah ganz allein da, als plötzlich auf einer Station die Waggontür aufgerissen und eine Dame hereingeschoben wurde, die sich sofort unwillig an den Kondukteur, der ihre Reisetasche hielt, mit den Worten wandte: „O, ich hasse die Einjamkeit, um des Himmels willen, ein anderes Coupé!“

„Zu spät, zu spät, wir fahren gleich weiter!“ brummte der Kondukteur, warf die elegante Tasche auf den Sitz und schlug die Thür zu.

richtung eines Dammes gegen sozialdemokratische Lehren eine nützliche Einrichtung sein kann, ist das immer noch kein Grund, zu sagen, daß wir uns in der Nothwehr befinden und das Gesetz verlängern müssen. Diese „Nothwehr“ ist eine bloße Redensart. Wir dürfen nicht sagen, wir verlassen den Boden des gemeinen Rechtes, denn die Sozialdemokraten haben ihn auch verlassen, nein, wir den Boden des gemeinen Rechtes verläßt, den strafen wir von dem Boden des gemeinen Rechtes aus, auf dem wir stehen bleiben. Im alten Rom wurde in solchen Fällen ein Diktator auf 6 Monate ernannt. Uns aber wird zugemuthet, den Zustand als einen chronischen anzuerkennen. So lange die Fristbestimmung blieb, konnte man das Gesetz immerhin verteidigen als ein provisorisches. Sobald aber diese Zeitfrist fällt, verlieren Sie das Recht, Ausnahmezustände zu verhängen über einen großen Theil der Nation, welcher ein Siebentel bis ein Sechstel aller stimmungsfähigen Bürger umfasst. Mit welchem Recht dürfen andere Parteien sich anmaßen, zu sagen, daß eine Partei den Boden des gemeinen Rechtes verlassen habe, auf dem allein andere Parteien zu stehen behaupten. Wollen Sie das durch Majoritätsbeschluß feststellen? Oder paßt das gegen Reichsfeinde überhaupt? Die Reichsfeindschaft schwebt heute über jedem Haupte, und es ist noch nicht entschieden, was dereinst mit der äußersten Rechten werden soll, und noch weiß Niemand, wie der Reichskanzler über den Reichsfinanzminister denkt. Wer Unrecht hat, darüber wird die Geschichte künftig entscheiden. Aber auch über dies Gesetz wird später die Geschichte entscheiden und sie wird urtheilen wie über die Karlsbader Beschlüsse, die auch seiner Zeit als staatsverherrlichend gefeiert wurden, aber wenigstens den Vorzug vor dem Sozialistengesetz hatten, daß kein deutscher Reichstag dabei mitgewirkt hatte.

Warum sollen die Garantien des gemeinen Rechtes nicht zureichen gegen die Gefahren der Sozialdemokratie? Ist Umsturz dabei, so strafen wir ihn, auch wenn er meinetwegen von Konservativen ausgeht. Dadurch wird die Sache doch nicht strafbarer, weil sie von Sozialdemokraten ausgeht, obwohl ja bereits gerichtliche Urtheile vorliegen, wonach die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie ein strafschärfendes Moment ist, und obwohl in einem Falle die Verhängung der Untersuchungshaft damit von dem Gerichtshof motivirt wurde, daß wegen der Zugehörigkeit des Betreffenden zur Sozialdemokratie und bei dem engen Zusammenhang dieser Partei unter einander zu befürchten sei, daß der Angeklagte, wenn er sich auf freiem Fuße befände, Zeugen anwerben werde. Sie schaffen Unterdrücker auf der einen, Unterdrückte auf der anderen Seite. Anständige Menschen stellen sich gewöhnlich auf die Seite der Unterdrückten. Gegen den Druck empöbert man sich auch da, wo man selbst von ihm nicht getroffen ist. Man hat der sozialistischen Partei durch dieses Gesetz verboten, was jeder anderen erlaubt ist, und als sie versucht, unter Umgehung des Gesetzes, ihren natürlichen Bedürfnissen Befriedigung zu verschaffen, da wurden die §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuchs wieder lebendig, und man erkannte auf Strafe wegen Geheimbündel.

Es ist charakteristisch, daß dem Gesetz der Charakter des Ausnahmegesetzes dadurch genommen sein soll, daß man ihm die beschränkte Dauer nimmt, damit man ihm das Ausnahmegesetz wenigstens nicht mehr von außen ansteht. (Weiter links.) Auch mit dem Namen „Spezialgesetz“ ist es nicht bedient. Soweit wir es mit einem chronischen Zustande zu thun haben, können wir mit diesem Gesetz nichts ausrichten. Es verlängern, heißt die Lösung ad calendas graecas vertragen. Sie denken mit Ihren sozialen Einrichtungen den Charakter des Gesetzes abzuschwächen. O nein! mit diesem Gesetze vergiften Sie die Geselchen, die Sie den Arbeitern machen wollen. Aber sie sind da und sie sind Früchte dieses Gesetzes. Vor 1878 sprach man nur von agents provocateurs. Das vielfache Vorkommen dieser Spezies hat nötig gemacht, daß die deutsche Sprache ein eigenes Wort dafür sucht. Demnächst wird auch nötig sein, für Chauvinismus ein deutsches Wort zu finden. (Weiter links.) Ehe wir diesen Gefühlen Luft machen und ehe unsere Deutschen im Auslande darauf stolz sind, sollten wir doch nach anderen Wegen suchen. Das einfache gemeine Recht reicht vollkommen aus. Warum sollte es, das doch gegen Mord, Todtschlag, Hochverrath ausreicht, nicht gegen die Sozialisten ausreichen?

Namens aller meiner politischen Freunde kann ich also erklären, daß wir gegen das Gesetz stimmen werden. Wir haben auch nicht nötig, unsererseits Vorschläge zu machen, wir wollen nicht produktiv sein in neuen Strafgesetzen, das überlassen wir besser den verbündeten Regierungen. Wenn man sagt, wir wollen zur Kompensation mehr Rechtsgarantien einführen, so muß ich dafür ergeben danken. Damit macht man das Gesetz nicht besser, aber die Gerichte, die man damit bebeligt, schlechter (sehr wahr! links.) Ich bin auch sonst kein Anhänger eines zu weiten richterlichen Ermessens. Das führt zu absonderlichen Konsequenzen, und ich will nicht, daß aus deutschen Gerichten 12 Männer herausgeriffen werden, die sich mit diesem Ausnahmegesetz zu beschäftigen haben. Die Herren sollen gewohnt bleiben an die Handhabung der Gesetze. Ausnahmegeetze sind das Gegenheil davon (sehr gut! links.) Auch die Kompensation, die Sie machen, indem Sie auf die Verewigung der Gewerbe-Konzession verzichten, ist werthlos. Mit dem niedriger eingerichteten kleinen Belagerungszustand erreichen Sie genau dasselbe. Daß das eine Erleichterung sein soll, wenn Sie jetzt die Ausweisungen auf Lebenszeit ermöglihen, werden Sie mit aller Dialektik nicht beweisen. Für mich ist das Resultat der ganzen Vorlage: Das Gesetz und seine Verlängerung für immer ist ein Unrecht, und jede Amendirung ist ausgeschlossen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Nobbe (Rp.): Die sozialistische Agitation ist keineswegs so harmlos und rein durch theoretische Widerlegung zu bekämpfen, wie der Herr Vorredner anzunehmen scheint. Durch diese Agitation wird

Ich warf einen neugierigen Blick auf die Unbekannte, deren mich völlig ignorirende Neugier nicht allzu lebenswürdig klang. Es war ein merkwürdig zierliches, pikantes Persönchen, das erkannte man trotz des langen Schleiens und des weiten Ufters, die Kopf und Gestalt umhüllten. Raum hatte sie sich vom ersten Schreck über das sonst leere Coupé erholt, so entnahm sie ihrem entzückenden Reife-Necessaire einen kleinen Pulverfikator und versprigte mit der größten Ungenirttheit ein Parfüm, dessen krauser, exotischer Name mir entfiel, demzufolge aber die trockene Stidluft ein feuchtes, angenehmes Aroma annahm; darauf warf sie ihren rothen Spitzenschirm mit dem endlos langen Stöcke, der ihr fast bis unter die Schultern reichte, in das Netz, entledigte sich ihres Hutcs und Ufters und erschien mir nun, wie sie sich in dem knappenliegenden, raffiniert-einfachen Reifeanzuge amuthete, und lebhaft hin und her bewegte, jünger und mädchenhafter, als es sich mit ihrem fächeren Auftreten vereinbaren ließ, dann, nachdem sie ein Buch aufgeschlagen auf den Schoß gelegt und die Füße weit von sich gestreckt, so daß ich die zierlichsten Stiefelchen zu sehen bekam, die man sich nur vorzustellen vermag, ergriff sie ihre mit sehr langem Griffe versehene Vornette und fixirte mich lächelnd mit der lebenswürdigsten Unverschämtheit. — „Wenn Sie mich noch genauer betrachten wollen, können Sie sich ja mir gegenüber setzen!“ bemerkte ich halb ärgerlich, halb belustigt.

„O, mit Vergnügen“, antwortete sie, durchaus nicht beleidigt und rutschte bis ans Ende der Bank. „Ich kann Ihnen gar nicht sagen, wie sehr ich mich eben über den Kondukteur geärgert habe“, fuhr sie fort und tippte mit der Vornette auf

grenzenlose Erbitterung in den arbeitenden Klassen gegen die Bessersituirten erregt, und selbstamerweise sogar ein unbegrifflicher Abscheu vor der sozialreformatorischen Thätigkeit des Staats. Mit Unrecht hat man über das Urtheil eines sächsischen Gerichts gepötte, worin ein rothes Taschentuch als rothe Fahne charakterisirt wurde, denn thatsächlich hatte allerdings das Taschentuch bei einem Aufzuge als rothe Fahne gedient. Reformen im Sinne des Freiherrn v. Stein, auf die Herr Liebknecht gestern hinwies, wird er nicht wollen, mit solchen wird kein politisches System sich nicht vertragen, dessen Spitze in kirchlich-n-Dingen der Atheismus in bürgerlichem Sinne der Kommunismus ist. In einer Reform unserer sozialen Lage werden meine Freunde und ich ernstlich mitarbeiten. Ich richte dabei die Bitte an die Regierung, sich auf den Arbeiterschlag gerichteten Bestrebungen des Reichstages freundlich gegenüber zu stellen. Gerade den hochgehenden Bewegungen der Volksseele gegenüber ist es nötig, den Arbeitern zu zeigen, daß sie das Heil nicht erst in einer utopischen, fernem Zukunft zu suchen haben, sondern daß ihr Wohl auch heute schon gefördert wird, daß wir mitten in einer Zeit sozialer Reformen leben. Das wird für ein dauerndes Sozialistengesetz die gebotene Ergänzung sein.

Ein Verlagsantrag wird abgelehnt.  
Abg. Koczelski (Pole) präzisirt den ablehnenden Standpunkt seiner Parteigenossen allen Ausnahmegeetzen gegenüber. Die polnische Fraktion werde diesen ablehnenden Standpunkt auch jetzt nicht aufgeben, obwohl neuerdings die Sozialdemokraten mit allen bedenklichen Erscheinungen sich auch in der Provinz Posen breit zu machen begännen und vor wenigen Tagen erst ein namhafter Posener Sozialdemokrat in einem Berliner Wahlkreise als Reichstagskandidat proklamirt sei.

Darauf verlegt sich das Haus.  
In persönlicher Bemerkung bestreitet  
Abg. Singer, daß der „Sozialdemokrat“ jemals den Parteigenossen den politischen Reineid als erlaubt empfohlen habe.  
Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Verhandlung, die freisinnigen Anträge auf Abänderung der Militärstrafprozeßordnung und betr. die Wahlen).  
Schluß 5½ Uhr.

### Deutschland.

\* Berlin, 6. November. Die Rede des Ministers Herrfurth in der heutigen Sitzung des Reichstages, die sich im Wesentlichen mit den Motiven der Regierungsvorlage deckt, hat insofern Aufsehen hervorgerufen, als der preussische Minister des Innern mit größter Bestimmtheit die Mitberatungen und Abänderungen des bestehenden Gesetzes nur unter der Voraussetzung für zulässig erklärte, daß die dauernde Bewilligung der Vorlage erfolge. Ob über die Einzelheiten eine Verständigung in der Kommission erfolgt, läßt sich zur Zeit mit Sicherheit noch nicht bestimmen. Immerhin machte die Herrfurth'sche Rede den Eindruck, als ob die Regierungen, die Bewilligung des Gesetzes auf unbestimmte Zeit vorausgesetzt, eine Verständigung über andere streitige Punkte nicht absolut ablehnen. Der morgen bevorstehende Schluß der ersten Verhandlung wird voraussichtlich noch Herrn Windthorst Gelegenheit geben, die Wiederholung seiner früheren Abänderungsanträge anzukündigen und damit für das Zentrum, welches schwerlich einstimmig den ablehnenden Standpunkt des Abgeordneten Reichensperger vertritt, den Weg des diplomatischen Handelsgeschäfts zu eröffnen. — Das Interesse der übrigen auch heute ziemlich spärlich erschienenen Reichstagsmitglieder wurde mehr als durch die Fortsetzung der ersten Verhandlung des Sozialistengesetzes durch die Gerüchte über das traurige Ende der Expedition Peters in Anspruch genommen. Die Londoner Meldung des Reuterschen Bureaus, die schon bald nach dem Beginn der Sitzung bekannt wurde, ließ noch die Hoffnung zu, daß es sich auch diesmal, wie bei der kürzlichen Nachricht über den erzwungenen Rückzug Peters um Uebertreibungen handle. Leider aber traf sehr bald aus den Kreisen des Emin-Pascha-Komitees die Bestätigung der Londoner Meldung ein. Als der einzige Europäer, der, obgleich verwundet, in Sicherheit gebracht worden ist, ist Lieutenant v. Thielemann bezeichnet worden. Ueberraschen kann dieser Ausgang des abenteuerlichen Unternehmens in keiner Weise, wenn man bedenkt, daß der von Peters eingeschlagene Weg durch das Gebiet der feindlichen Somalis und Massais führt und daß die erste Abtheilung der Expedition, welche Peters selbst führte, nur unter einer Bedeckung von 25 Somalis marschirte. Daß das Emin-Pascha-Komitee, indem es trotz aller Warnungen von Seiten derjenigen, die Land und Leute kennen, den Abmarsch der Expedition mit durchaus ungenügenden Kräften zuließ, von der Verantwortlichkeit für das Geschehene

das nun zusammengeklappte Buch. Ich warf einen Blick auf den Titel; es war eine französische Uebersetzung der Satiren von Saltikoff. Sie fing meinen Blick auf und lächelte. „Ich plaudere eigentlich viel lieber, als daß ich lese, und je mehr Menschen um mich herum, desto lieber ist es mir. Der Kondukteur muß wohl gedacht haben, daß ich die allgemeine Scheu vor Reisegesellschaften theilte, als er mich hier hereingeschoben — oder ist diesmal die Strecke überhaupt wenig befahren?“ fragte sie und sah mich nachdenklich an.

„Sie haben diese Route öfter gemacht?“ fragte ich.  
„Diese und gar manche andere“, lachte sie.  
„Also ein weitgereistes Fräulein?“ bemerkte ich.  
„Ein weitgereistes Fräulein“, bestätigte sie und lachte dabei so ausgelassen, daß ihr eine Welle von dem rothen Haar (oder war es nur roth gefärbt?) über die Schläfe fiel.  
„Das ist selten in Ihrem Alter, Sie sind ja noch so jung!“ meinte ich.

„Jung?“ Sie blühte überrascht auf und funkelte mich mit ihren in allen Farben spielenden Augen an. „Nun, eigentlich haben Sie Recht: La femme n'a que l'age qu'elle parait avoir, folglich bin ich jung“, schloß sie und lehnte sich, mich belustigt aus ihrer Ecke anblinzeln, zurück.

Ich fixirte sie. War es optische Täuschung oder sah ich wirklich plötzlich statt des sammetweichen Gesichtchens eines achtzehnjährigen Mädchens das zusammengegrumpfte Antlitz eines alten Weibchens, in dessen Pergamenthaut Taufende von kleinen Fältchen eingegraben waren? Ich fuhr mit der Hand über die Stirne und blickte mein Gegenüber dann nochmals



nicht ganz freizusprechen ist, wird man zugeben müssen. Auf der anderen Seite aber ist es bekannt, daß Peters selbst den abenteuerlichen Zug mit der größten Energie betrieben hat. Inwiefern Peters durch sein gewaltiges Aufstreben gegen die Einheimischen das Schicksal, welches ihn und seine Begleitung getroffen, heraufbeschworen hat, werden erst die weiteren Meldungen ergeben. Vorläufig mag an die Berichte über die Veruche Thiesemanns erinnert sein, die für die Fortschaffung der Expedition erforderlichen Boote, deren Lieferung seitens der Einheimischen verweigert wurde, mit Gewalt mit Beschlag zu legen, wobei, wie erinnerlich, drei Somalis verwundet wurden. Nachdem bekannt ist, daß der eigentliche Zweck der Expedition, die sog. Befreiung Emin Paschas hinfällig geworden ist, wird man die nutzlose Opferung von Männern, die der deutschen Kolonialpolitik auf anderen Gebieten immer noch werthvolle Dienste hätten leisten können, nur um so mehr bedauern müssen. — Die erste Berathung des Reichstages, welche spätestens übermorgen auf die Tagesordnung des Reichstags gebracht werden soll, wird anscheinend zu sehr lebhaften Debatten führen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigen die Deutsch-konservativen einen Antrag auf Ablehnung der Vorlage und Verstaatlichung der Reichsbank einzubringen. Den Widerspruch der Einzelregierungen hofft man durch das Zugeständniß zu besettigen, daß den Privatnotenbanken das Recht zur Ausgabe von Noten gewahrt werden soll. An einen Erfolg des geplanten Sturmes gegen die bestehende Organisation der Reichsbank glaubt man bisher nicht.

Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: „Der Schatzsekretär Freiherr v. Malzahn hat neulich im Reichstage behauptet, daß er, weil außer seiner Familie täglich 60—70 Menschen an seinem Tische essen, durch hohe Getreidepreise 70 Mal mehr als der arme Mann belastet werde und daß jeder Bauer und Drescher, welcher auf einen Antheil am Ertrage seiner Güter angewiesen sei, lieber hohe als niedrige Getreidepreise haben wolle. In ersterer Beziehung ist nun zu bemerken, daß, weil das Getreide, welches jene 60—70 Kostgänger verzehren, jedenfalls vom Hrn. v. Malzahn selbst gebaut werden wird, es für seine Belastung ganz gleichgültig ist, welchen Preis das Getreide hat, während der arme Mann das Getreide, welches er verzehrt, zu hohen Preisen kaufen muß. Aber auch in dem andern Falle ist es für die betreffenden Bauern und Drescher ganz gleichgültig, welchen Preis das erarbeitete Getreide hat, weil sie dieses Getreide eben nicht verkaufen können, sondern selbst verzehren müssen. Sollten sie aber vielleicht den erarbeiteten Weizen verkaufen, um sich dafür Korn zu ihrer Nahrung zu verschaffen, so würden sie bei höheren Getreidepreisen für den Ankauf von Roggen gewiß eben so viel mehr ausgeben müssen, als sie beim Verkauf von Weizen mehr gewonnen haben. Es ist zu bekennen, daß ein so hoher Finanzbeamter in solchem rechnerischen Trugschluß befangen ist. Freilich ist dies ja nichts Neues, da ja auch die Behauptung, daß das Ausland die Getreidezölle trage, ein eben solcher Trugschluß ist.“

Die Schweinesperre gegen Dänemark, so schreibt die „Kieler Zeitung“ mit Bezug auf den freisinnigen Antrag, ist wohl diejenige Maßregel, deren Berechtigung von sanitärem Standpunkt aus am meisten in Frage gestellt werden kann und für welche daher der Vorwurf, daß sie ohne Noth zur Vertheuerung eines der Hauptnahrungsmittel des Volkes beitrage, am schwersten zurückgewiesen werden kann. Durch diese Anträge werden auch zugleich an die schützöllnerische Mehrheit möglichst geringe Anforderungen gestellt. Sie kann denselben zustimmen, ohne mit ihren sonstigen Grundsätzen allzu sehr in Widerspruch zu gerathen. Ist doch die Aufhebung des Schweine-Einfuhrverbots sogar im Interesse der Landwirtschaft befürwortet worden. Die Kartelparteien könnten froh sein, daß ihnen Gelegenheit geboten ist, ihr Ansehen bei dem Volke doch wenigstens in etwas wieder herzustellen und den guten Willen zu zeigen, etwas für die Abstellung dringender Beschwerden zu thun. Anstatt dessen wird die freisinnige Partei wegen der von ihr gestellten Anträge verhöhnt; und was die auf Milderung der Theuerung gerichteten Vorschläge betrifft, so wird, anstatt die Mäßigung der freisinnigen Partei anzuerkennen, derselben der sonderbare Vorwurf gemacht, daß sie nicht weit genug gehe.

Auch der „Export“, ein Blatt, das sich fast ausschließlich mit den überseeischen Handelsverhältnissen Deutsch-

lands beschäftigt, kommt nach einer Prüfung des bisherigen deutsch-ostafrikanischen Handels zum Resultat, daß das Bedürfnis für eine direkte Reichsdampferlinie nach Ostafrika nicht vorliegt. Es sei schlechterdings nicht einzusehen, weswegen einiger Schiffsladungen voll Baaren wegen eine solche Dampferlinie geschaffen werden solle. Allerdings sei es nicht ausgeschlossen, daß größere Mengen ostafrikanischer Erzeugnisse via Kapland und via England nach Deutschland gelangen, die vielleicht bei einer direkten Verbindung mit deutschen Häfen direkt nach Deutschland ausgeführt würden. Das sei möglich, aber nicht nachweisbar. Auch wenn man dies zugebe, so dürste die Menge und der Werth der ostafrikanischen Einfuhr, so weit der direkte Verkehr mit Deutschland dabei in Betracht komme, in den nächsten Jahren doch nicht zu solchem Umfange sich entwickeln, daß die Errichtung einer subventionirten Dampferlinie dazwischen begründet würde.

Aus Deutsch-Südwestafrika schreibt die „Köln. Ztg.“ anscheinend offiziös: „Nach den neuesten aus dem südwestafrikanischen Schutzgebiete eingegangenen Nachrichten ist die Lage des dorthin entsandten stellvertretenden Reichskommissars Hauptmann von François eine ernste. Den unausgesetzten Antrieben und Hegeereien des englischen Abenteurers Lewis scheint es gelingen zu sein, die Hereros gegen die Deutschen aufzuwiegeln. Hauptmann v. François hat sich veranlaßt gesehen, zwei Engländer, Agenten des Lewis, des Landes zu verweisen. Unweit Otjimbingue, der Hauptstadt der Hereros, hat François eine kleine Feste gebaut und steht dem Angriffe der Hereros entgegen. Wenn man bedenkt, daß hier nur eine kleine Truppe — Hauptmann v. François hat außer seinem Bruder, Leutnant von François, noch 18 Mann bei sich — einer nach vielen Tausenden zählenden Bevölkerung gegenübersteht, die mit ebenso guten Hinterladern bewaffnet sind wie die kleine deutsche Truppe, so kann man sich ernstlichen Besorgungen nicht verschließen.“ Gleichzeitig bringt die „Köln. Ztg.“ eine Zuschrift „aus Kolonialkreisen“, in welcher hervorgehoben wird, die Anschauung, daß die englische Gesellschaft die deutsche Schutzherrschaft auf die Dauer tragen würde, finde dem Angriffe der Hereros wenig Glauben. Der Verkauf des Gebietes würde den Anfang vom Ende der deutschen Schutzherrschaft bilden. — Erst vor kurzem war von anderer Seite sowohl die traurige Lage der Deutschen in Südwestafrika wie die Aufhebung der Schutzherrschaft im Falle des Verkaufs bestritten worden. Die „Köln. Ztg.“ meldet weiter, daß in diesen Tagen der Deputat für Kolonialangelegenheiten, Dr. Krauel, mit dem Unterstaatssekretär Grafen Berchem beim Reichskanzler in Friedrichsruh gewesen sei. Vielleicht sind bei dieser Gelegenheit auch bezüglich Südwestafrikas Beschlüsse gefaßt worden.

Mr. Henry Nelson, ein Rechtsanwalt in Leeds, erhielt am Freitag Abend ein Telegramm von seinem Sohn, Kapitän Nelson, der einer der Offiziere Stanley's ist, mit der Mittheilung, er werde im Januar in Zanzibar ankommen. Die Depesche wurde von einem eingeborenen Kurier nach Zanzibar gebracht und von dort sofort nach Leeds weiter expedirt. Sie lautet wörtlich: „Ich komme in Zanzibar im Januar an; sende Kleidungsstücke und Geld an die Adresse des Konsuls, Nelson.“ Kapitän Robert Henry Nelson ist, wie es heißt, eines der ausgezeichneten Mitglieder der Stanley'schen Expedition. Er diente in Methuens reitendem Korps in Südafrika, aber schloß sich Stanley an, als derselbe seine Expedition für den Entzug Emin Paschas bildete. — Ueber Stanley veröffentlicht die Londoner Ausgabe des „New York Herald“ nachstehende Depesche aus Zanzibar von ihrem dortigen Korrespondenten, über deren Inhalt wir getriert schon einiges mitgetheilt haben, datirt 2. November: „Ich hatte heute Abend eine lange Unterredung mit Hauptmann Wissmann. Er sagt, er erreichte Nywawa am 13. Oktober und begegnete am nämlichen Tage Boten von Emin Pascha und Stanley. Er sandte die Nachrichten sofort nach Zanzibar und schickte einen Brief an Emin Pascha zurück. Sodann beschloß er, selber nach Zanzibar zu reisen und getriert kam er mit der ganzen Post aus dem Innern Afrikas für die englischen und französischen Missionen, sowie für Smith, Madenzie u. Co. an. Hauptmann Wissmann glaubt, Stanley werde gegen Mitte November Nywawa erreichen und gegen Mitte Dezember in Bagamoyo eintreffen. Er sandte nach Nywawa mittelst einer Karawane eine Zufuhr allerlei notwendiger Artikel für die unerschrockenen Forscher und ließ einen Offizier zurück, um die Expedition nach Zanzibar zu bringen. Hauptmann Wissmann meint, Stanley und Emin Pascha würden sicherlich in Bagamoyo und nicht in Mombasa aufstehen. Stanley führt eine Magim-Karawane mit sich. Die Boten erkannten in Hauptmann Wissmanns Lager eine ähnliche und sagten so: Die Stanley'sche Expedition hatte zahlreiche Kämpfe im Usakuma-Land zu bestehen.“ — Nach einer weiteren Meldung des „Journal des Debats“ aus London ist ein Bote Stanley's nach einer einmonatlichen Reise am 1. d. Mts. in Zanzibar angekommen, um Hilfe nachzusuchen. Sechs Engländer, zwei Italiener und 800 Eingeborene sollen sich bei Stanley befinden und ungeduldig auf Lebensmittel warten.

Aus Mecklenburg-Strelitz. Als Bischof Hötting von Dnabrück am 19. Oktober in Neustrelitz zur Firmung eintraf, wurde er „nach beendeten Gottesdienst von Sr. R. H. dem Großherzoge in Audienz empfangen und sodann um 5 Uhr durch großherzogliche Equipage zur großherzoglichen Tafel abgeholt.“ Wenige Tage zuvor, am 17. Oktober, war Geburtsstagsfeier des Großherzogs. Um die Glückwünsche entgegenzunehmen, aus die des evangelischen Landes-Superintendenten, hatte der Großherzog den letzteren mit anderen

Beamten ins Theater entboten, wo während der Vorstellung im 1. u. 2. und Theaterräume die Entgegennahme der betreffenden Glückwünsche vor sich ging. Abgesehen von dem katholischen Theile des Adels empfing man diese Behandlung der evangelischen Kirche durch ihren Landesbischof, den Fürsten, als eine nicht entsprechende. — Vielleicht wird bis zum nächsten Geburtsstags des Großherzogs der Herr Landessuperintendent Gelegenheit gefunden haben, auf das in den zwei so kurz aufeinanderfolgenden Festlichkeiten zum Ausdruck kommende eklatante Mißverhältniß hinzuweisen. Mecklenburg-Strelitz zählte unter 100 269 Einwohnern anno 1880 300 Katholiken.

### Lokales.

Posen, 7. November.

\* **Stadtheater.** Zu der ersten Aufführung der „Nora“ von Henrik Ibsen hatte sich gestern das Publikum sehr zahlreich eingefunden; es folgte dem gedankenreichen, spannenden Drama mit stichtlicher Antheilnahme und spendete der Darstellung, besonders den Bortretern der Hauptrollen Fräulein Anna Walther und Herrn Lubeck lebhaften Beifall und mehrfachen Hervorruf an den Aktschlüssen. Wir werden uns mit dem Stück und seiner Darstellung in der nächsten Nummer der Zeitung eingehend beschäftigen.

\* **Schulchronik.** A. Evangelische Schulen. Angestellt a) definitiv: die Lehrer Schulz aus Kobylin vom 1. Januar 1890 ab in Obornik, Hedrich in Kadzawen, Götter in Dombrowler-Gauland, Müller in Karpitz, Voelckel in Kopitz; b) unter Vorbehalt des Widerrufs: die Lehrer Schulz aus Neutomischel in Wollstein, Lange aus Reddenau, Kr. Br. Eglau in Sierakowo, Kaiser aus Altdrewitz bei Gützin in Rawitsch, Gaertel aus Urickefeld in Wollstein, Schulamtskandidat Siederl aus Wollstein in Deutsch-Koschmin-Gauland. B. Katholische Schulen. Angestellt: a) definitiv: die Lehrer Kluge aus Rogin in Groß-Luttom, Kreis Birnbaum, Grawinski in Neudorf, b) unter Vorbehalt des Widerrufs: der Lehrer Sigmanski aus Studzianna in Schwalkowo.

\* **Mit verdorbenen Eiern** wird seit einiger Zeit der hiesige Markt durch russische Händler überfluthet. Es ist daher die strengste Kontrolle erforderlich, um sich vor Schäden zu bewahren. Bei einem Händler wurden gestern wieder 25, bei einem andern sogar 6 Schod Eier beschlagnahmt, weil sie verdorben waren.

\* **Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet wurden gestern vier Personen wegen Betrugs, ein Diebstahl wegen Verletzung des Publikums in der Halldorfstraße und ein 14jähriger Junge wegen Verletzung des Publikums an einer Pferdebahn-Haltestelle. — Nach dem Stadtkazareth geschafft wurde ein Mädchen, welches krank und hilflos auf dem Alten Markte aufgefunden wurde. — Nach dem Reservationshof geschafft wurde ein in der Wronerstraße herrenlos vorgefundener Kassewagen. — Vernichtet wurde gestern polizeilicherseits auf dem Fleischmarkt eine stark mit Tuberkeln dursetzte Lunge. — Dasselbe ist einem Rentier ein Bortemonnaie mit Inhabt abhanden gekommen. — Gefunden wurde in der St. Martinstraße 33 ein Rohrloch. — Verloren: Ein Bortemonnaie mit Inhabt in der Venetianerstraße; eine Korallenboxe in Goldfassung am 3. d. Mts. auf dem Wege von dem Birkus Binder nach der Oberwallstraße; ein goldenes Armband mit Sicherheitskettchen auf dem Wege vom Alten Markt nach der Gr. Gerberstraße und eine Meeresschnecke mit Bernsteinmündstück auf dem Wege vom Zentralf Bahnhof nach der Mühlenstraße.

### Handel und Verkehr.

\*\* **Berlin, 6. November. Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktllage. Fleisch. Sehr starke Zufuhr und lebhaftes Geschäft. Preise dieselben. Wild und Geflügel. Geschäft etwas lebhafter, Fasanen bleiben flau. Lebendes Geflügel sehr schwer veräußlich. Fische. Sehr reichliche Zufuhr, lebhaftes Geschäft. Für Vachs wurden sehr hohe Preise angeleat, im Uebrigen recht mäßige. Butter. Die Zufuhr bleibt knapp, Preise fest. Käse unverändert. Gemüse. Zwiebel etwas steigend. Obst unverändert. Südfrüchte. Spanische Trauben, Jaffa-Äpfelstam am Markt. Genußer Zitronen wieder billiger.

Fleisch. Rindfleisch Ia 58—62, IIa 45—54, IIIa 36—40, Kalbfleisch Ia 60—65, IIa 48—55, Hammelfleisch Ia 50—55, IIa 36—45, Schweinefleisch 60—64 M. per 50 Kilo. Geräucherter und gesalzener Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 9—110 M., Speck, ger. 75—80 M. per 50 Kilo. Wild. Damwild per 4 Kilo 0.30—0.45, Rothwild per 4 Kilo 0.30—0.38, Rehwild Ia 0.50—0.60, IIa bis 0.45, Wildschweine 0.30—0.40 M., Hasen per Stück 2.50—3.40 M. Wildgeflügel. Fasanenbühne 2.50—2.75 M., Fasanenbennen 1.50—2.00 M., Krammelvögel —, — M., Wildenten 1.00—1.40 M., Seeenten 50—75, Rindenten 30—40 M., Waldschneppen 2.50—3.00 M., Bekassinen — bis — Mark, Rebhühner, junge 1.20 bis 1.40 M., alte 0.90—1.10 M. per Stück. James Geflügel, lebend. Gänse, junge 2.00—3.00, Enten 1.20—2.60 M., Puten 2.50—3.00, Dübner alte 0.90—1.25, do. junge 0.50 bis 0.80 M., Tauben 2.40 bis 0.45 Mark per Stück. Fische. Hechte pr. 50 Kilo 50—56, Bander 80—100, Barsche 50—60, Karpfen große — M., do. mittelgroß — M., do. kleine 68, Schleie 90 M., Bleie 50 M., Aal 52 M., bunte Fische (Wlbe u. c.) do. 13—17 M., Aale, große 90 M., do. mittelgroße 75 M., do. kleine

scharf an: aber wieder schillerten mich die gefährlichen Regenaugen belüftet an, und die blendend weißen, spitzen Mäusezähne knabberten drohlich an den farninrothen Lippen.

„Sie sind natürlich Pariserin, das brauche ich gar nicht zu fragen“, sagte ich nach einer kurzen Pause, da mich die kleine Person zu interessieren anfang.

„Wenigstens gelte ich stets dafür“, antwortete sie, indem sie einem launischen Zigaretten-Stiel eine türkische Zigarette entnahm, in Wirklichkeit bin ich jedoch ein wenig von überall. Ich reise alljährlich hinüber nach Amerika und halte mich in allen europäischen Ländern auf, wenigstens in den Hauptstädten derselben; denn vor der Provinz, sehen Sie, habe ich einen Vorreuer. Ich habe dasselbe Vorurtheil gegen sie, als sie gegen mich hegt. In kleinen Städten zum Beispiel, genügt schon die geringste Sympathie für mich, um das Mißtrauen der Spießbürger zu erwecken. Sie blicken mich erstaunt, fast erschreckt an und befürchten vielleicht, daß es mit mir und meinem Rufe nicht am Besten bestellt — mein Gott! ich will mich gar nicht besser machen, als ich bin. Ein großer Poet, der für unsere Zeit freilich etwas antiquirt ist, behauptet, daß die beste Frau diejenige sei, von der man am wenigsten spreche. Zu den besten zähle ich also nicht, denn gerade von mir wird am meisten gesprochen.“

„Dann sind Sie gewiß eine Künstlerin, wohl gar eine Schauspielerin, denn mit diesen besaß sich das Publikum ja am meisten!“

Ich war überzeugt, richtig gerathen zu haben, — sie aber

sah mich lächelnd an, kränzelte verächtlich die Oberlippe und hob das kleine Köpfchen stolz in die Höhe.

„Ich leugne es nicht, daß mir die meisten Künstlerinnen, berühmte und unberühmte, ihre Haupterfolge verdanken, ich aber, vor der sich wirkliche Prinzessinnen beugen, siehe über allen Bühnengrößen. Mir wird nicht nur oberflächlich gehuldigt, mir werden die größten Opfer gebracht; ich gewinne im Pandumdrehen, oft durch mein bloßes Erscheinen eine unberechenbare Macht, gestalte nicht selten das äußere wie innere Wesen der Leute um und schmeichle manchmal sogar dem Geizigsten unter ihnen die größten Summen ab.“

Sie hielt inne und räubte die Asche ihrer Zigarette ab. Trotzdem nicht ein Wort über ihre Lippen gekommen, das frivol oder gar indecent gewesen, so brachte mich doch die allzu freie Redeweise, die Ungelehrtheit des Auftretens, das rothe Haar und die unnatürlich frische Färbung der Lippen auf die Idee, daß ich es mit irgend einer berühmten oder berühmten Abenteurerin zu thun hätte. Und als sie nun gar, während des Aufenthaltes auf einer Station auf einen verlebten aussehenden Herrn weisend, der in gekennhafter Eleganz auf dem Perron herumtrippelte, ausrief:

„Hier sehen Sie gleich Jemand, der mir Tausende und Abertausende zu opfern pflegt,“ — da drückte ich mich verschüchtern, um nicht zu sagen, moralisch entrüstet, in die Coupé-Ecke und sagte zu mir selbst:

„Nun ist das Räthsel gelöst, sie ist nichts anderes als —“

„Eine Abenteurerin bin ich auch nicht, daß Sie's nur wissen,“

rief sie schelmisch, als wollte sie meinen unausgesprochenen Verdacht widerlegen. „Uebrigens verüble ich Ihnen Ihre ungünstige Meinung durchaus nicht,“ beeilte sie sich, mich zu beruhigen. „Eine junge Frau, die allein reist, kein begrabtes altes Kleid als Reisekostüm benutzt und nicht einige Duzend Schachteln und Packete mit sich schleppt, — muß ja verdächtig erscheinen. Glücklicherweise bin ich nicht ganz unbekannt und werde außer in Paris gerade in Wien und in dem sich so mächtig entwickelnden Berlin, wo wir ja sogleich ankommen, gewürdigt!“

„Sie sind also auch mit der Berliner Gesellschaft gut vertraut?“ fragte ich schon etwas beruhigter.

„Gewiß, ich zweifle auch gar nicht daran, daß wir in Berlin viele gemeinsame Bekannte haben,“ sagte sie und sah mich dabei eigenthümlich lächelnd an. „So erinnere ich mich zum Beispiel, Ihnen in der X. Straße Nr. . . begegnet zu sein!“

„Im Redaktions-Bureau? dann habe ich wohl eine Schriftstellerin vor mir?“ rief ich erfreut und schickte mich schon an, meiner reizenden Kollegin die Hand zu drücken.

„O nein, sehe ich denn so aus?“ entgegnete das elegante Persönchen mit selbstgefälligem Lächeln. „Nein, geben Sie sich lieber keine Mühe, — Sie dürften schwerlich errathen wer ich bin. Wollen Sie es aber durchaus erfahren, so schildern Sie mich nur bei Ihrem nächsten Besuche der galanten Redaktion, und dieselbe wird Ihnen bestätigen, daß ich weder eine Theater-Prinzessin, noch eine Abenteurerin oder gar eine Schriftstellerin bin, sondern — — die Mode“ . . .



60 M. Krebse, große, v. Schöf - M., mittelgr. 2,50-4,00 M., do. kleine 10 Centimeter 1,25-1,40 M.

fremder 15,00-15,50 Mark. - Bankerlücken per 100 Kilogr. 13,00-13,50 M. - Klebsamen schwacher Umsatz, rother per 50 Kilogramm 35-38-44 M., weißer 38-41-48 M.

Börse zu Wien. Wien, 7. November. (Amtlicher Börsenbericht.) Spiritus, Geländigt - - - R. Rindham, Preis (50er) 50,40, (70er) 30,80.

2. Klasse 181. Königlich Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 6. November 1889. - 3. Tag Vormittag. Nur die Gewinne über 105 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Telegraphische Nachrichten.

Konstantinopel, 7. November. Die Sultans Nacht "Nijebin" mit dem ottomanischen Ehrendienst an Bord begleitete das Kaiserpaar bis Mytilene, woselbst dieses heute Mittag von dem deutschen Geschwader erwartet wird.

Wetterbericht vom 6. November, Morgens 8 Uhr.

Table with 5 columns: Stationen, Barom. a. d. Gr. nach d. Meeresnis. reduz. in mm., Wind, Wetter, Temp. in Grad. Lists stations like Pullaghmore, Aberdeen, etc.

Skala für die Windstärke. 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Wasserstand der Warthe. Wien, am 6. November Mittags 2,68 Meter. Morgens 2,62. Mittags 2,60.

Wasserstand der Warthe. Telegramm aus Borsgjelice vom 7. November cr.: 1,95 Meter.

Sichtstärke der Gasbeleuchtung in Wien. Am 6. November Abends: 15,8 Normalkerzen.